

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Umwelt und Klima

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 11.12.2024
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:31 Uhr
Ort, Raum: Stadthalle, WittasträÙe 5, 36251 Bad Hersfeld

Anwesend:

Mitglieder

Herr Thomas Bös

Herr Frank Berg

Herr Sahin Cenik

Herr Thomas Daube

Herr Karl-Heinz Hüter

Frau Amy Petzel

Herr Thomas Schaffert

Herr Andreas Rey

Herr Jürgen Richter

Vertretung für Herrn Lars Olaf Ullrich

Vertretung für Herrn Michael Barth

von der Stadtverordnetenversammlung

Herr Lothar Seitz

vom Magistrat

Frau Anke Hofmann

Schriftführer/in

Herr Sören Hollstein

von der Verwaltung

Herr Andreas Altmann

Frau Vanessa Gajek

Herr Jerome Sauer

Herr Johannes van Horrick

Herr Torsten Wiegand

Klimaschutzbeauftragter

Tagesordnung:

- 1. Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**
- 2. Errichtung einer ortsfesten Geschwindigkeitsmessanlage; Antrag auf Stellungnahme bei der HöMS**
1147/20
- 3. Aktueller Stand der Energiewende in Bad Hersfeld- Einschätzung der LEA (LandesEnergieAgentur Hessen)**
1136/20
- 4. Erste Offenlage des Regionalplans Nordosthessen, hier: Stellungnahme der Kreisstadt Bad Hersfeld**
1130/20
- 5. Aufstellungs- und Entwurfsbeschluss für den Bebauungsplan KA 4 "Oberer Dorngarten" - 1. Änderung**
1143/20
- 6. Aufstellungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 4.19 „Vlämenweg 31 und 33“ im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB) sowie Beschluss zur Durchführung der Beteiligungsverfahren nach §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB**
1144/20
- 7. Aufstellungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 9.11 „Douglasienweg – Sanddornweg, Johannesberg“**
1142/20
- 8. Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan AS 10 „Hilgensattel – Asbach“ – 2. Änderung**

hier: 1.) **Beschlussempfehlungen zu den im Rahmen der förmlichen Beteiligungsverfahren gem. §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) eingegangenen Stellungnahmen mit Anregungen und Hinweisen.**

2.) **Beschluss des Bebauungsplanes AS 10 „Hilgensattel – Asbach“ – 2. Änderung als Satzung.**

3.) **Beschluss zur amtlichen Bekanntmachung des Bebauungsplanes AS 10 „Hilgensattel – Asbach“ – 2. Änderung.**
1145/20
- 9. Feststellungsbeschluss für die 22. Änderung des Flächennutzungsplanes der Kreisstadt Bad Hersfeld**

hier:

1.) Beschlussempfehlungen zu den im Rahmen der förmlichen Beteiligungsverfahren gem. §§ 3 Abs. 1 bis 2 und 4 Abs. 1 bis 2 Baugesetzbuch (BauGB) eingegangenen Stellungnahmen mit Anregungen und Hinweisen.

2.) Feststellungsbeschluss der 22. Änderung des Flächennutzungsplanes der Kreisstadt Bad Hersfeld.
1146/20

10. Verschiedenes

zu 1 Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Bös begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Herr Bös fragt, ob es Änderungen zur Tagesordnung gibt.

Es gibt keine Änderungen der Tagesordnung.

Herr Bös teilt mit, dass sich ein neuer Mitarbeiter der Stadtverwaltung im Ausschuss vorstellen möchte und bittet Herrn Andreas Altmann sich vorzustellen.

Herr Altmann stellt sich als neuer Klimaschutzmanager der Kreisstadt Bad Hersfeld vor und gibt eine kurze Auskunft über sich und seinen Werdegang. Er freut sich auf eine gute Zusammenarbeit.

zu 2 Errichtung einer ortsfesten Geschwindigkeitsmessaanlage; Antrag auf Stellungnahme bei der HöMS **1147/20**

Herr Sauer erläutert den Sachverhalt und stellt die Hintergründe der Empfehlung zur Beschlussvorlage dar.

Herr Bös teilt mit, dass er die Nichteinrichtung einer Messeinrichtung als ein falsches Signal sehe.

Frau Hofmann könne dies nachvollziehen. Sie geht zudem auf die Hintergründe zum Lärmaktionsplan ein und teilt mit, dass die Festlegung eines passenden Standortes für eine Messeinrichtung, unter anderem aufgrund von notwendigen Gehwegbreiten, schwierig sei.

Frau Hofmann teilt mit, dass durch den Beitritt zum Ordnungsbehördenbezirk die Messung durch mobile Geräte erfolgen kann.

Herr Berg fragt ob die Geschwindigkeitskontrollen auch in den Abendstunden erfolgen.

Frau Hofmann teilt mit, dass die Kontrolle zu verschiedenen Zeiten erfolge.

Herr Richter teilt mit, dass er einen geringen Effekt für eine stationäre Messanlage sehe und fragt an, ob eine gleiche Regelung wie in Asbach für den LKW-Verkehr möglich wäre.

Herr Sauer erläutert die Datengrundlage und geht auf die Verkehrszählungen ein.

Herr Berg stellt eine Rückfrage zum LKW-Verkehr.

Herr Sauer teilt mit, dass es sich bei Anlieferungsverkehr um einen definierten Begriff handle, welcher den Anlieferungsverkehr bis zu 50 Kilometer von der Autobahnabfahrt beschreibe.

Herr Bös fragt nach, ob „GLS Neuenstein“ auch zu diesem Anlieferungsverkehr zähle.

Herr Sauer bestätigt dies.

Herr Bös teilt mit, dass er mit der Lösung unzufrieden sei und erachte sowohl eine mobile als auch eine stationäre Geschwindigkeitsmessanlage für notwendig.

Herr Schaffert teilt mit, dass durch eine Messanlage nur die Geschwindigkeit kontrolliert werden würde, jedoch nicht der Durchgangsverkehr.

Herr Sauer teilt mit, dass dies das Ziel sei.

Beschluss:

Auf eine Antragstellung bei der HöMS für eine ortsfeste Geschwindigkeitsmessanlage in der Homberger Straße wird verzichtet. Eine erneute Prüfung des Sachverhalts kann ggf. nach Fertigstellung des „Ersatzneubaus Hochbrücke Peterstor“ angestrebt werden.

abgelehnt Ja 4 Nein 4 Enthaltung 1 Befangen 0

4 Ja-Stimme/n
4 Nein-Stimme/n
1 Enthaltung/en

**zu 3 Aktueller Stand der Energiewende in Bad Hersfeld- Einschätzung der
LEA (LandesEnergieAgentur Hessen)
1136/20**

Herr Wiegand erläutert den Sachverhalt anhand einer Präsentation. Er verweist darauf, dass die Präsentation sowie die Ergebnisse durch Frau Dr. Ines Wilkens von der LEA erstellt worden seien. Frau Wilkens habe bereits vor vier Wochen die Ergebnisse, sowie die Präsentation dem Magistrat vorgestellt.

Frau Hofmann gibt einen Hinweis, dass das „Carsharing-Angebot“ aktuell mit einem neuen Anbieter verhandelt werde. Zudem sei der „Bürgerbus“ beantragt.

Herr Bös stellt eine Rückfrage zu der Anzahl der Ladesäulen und nennt als Beispiel die Ladesäulen beim „tegut“.

Herr Wiegand erläutert, dass nur komplett frei zugängliche Ladesäulen berücksichtigt würden, es aber im Stadtgebiet wesentlich mehr gebe, die sich jedoch auf privaten Grundstücken befänden.

Herr Bös bitte um Erläuterungen zur Energieversorgung.

Herr Wiegand erläutert den Punkt und geht auf die Windenergie besonders ein.

Herr Bös bittet um Auskunft, welche Ziele für den Ausbau angestrebt seien.

Herr Wiegand teilt mit, dass er dabei die Energieeffizienz als einen wichtigen Teilbereich ansehe.

Herr Bös fragt nach der Öffentlichkeitsbeteiligung.

Herr Wiegand teilt mit, dass die Stadt gut aufgestellt sei. Jedoch gibt es immer Bereiche die verbessert werden könnten.

Herr Altmann gibt den Hinweis, dass Storm und Wärme zusammen zu betrachten seien.

Herr Bös teilt dem Ausschuss mit, dass es eine Wortmeldung eines Gastes gibt und bitte um Abstimmung über die Zulassung des Redebeitrags.

Abstimmungsergebnis Redebeitrag:

3 Ja-Stimme/n
3 Nein-Stimme/n
3 Enthaltung/en

Dem Redebeitrag des Gastes wird nicht stattgegeben.

Beschluss:

Der Magistrat nimmt den Sachstandsbericht Aktueller Stand der Energiewende in Bad Hersfeld- Einschätzung der LEA (LandesEnergieAgentur Hessen) zur Kenntnis.

zur Kenntnis genommen

**zu 4 Erste Offenlage des Regionalplans Nordosthessen, hier:
Stellungnahme der Kreisstadt Bad Hersfeld
1130/20**

Frau Gajek erläutert den Sachverhalt und geht auf die Bereiche „Entwicklung Siedlung Planung“ und „Gewerbegebiet Planung Sorga“ besonders ein. Zudem erläutert sie die Einordnung des Regionalplan auf der rechtlichen Ebene und gibt ein Beispiel.

Frau Hofmann teilt mit, dass die Gremien bei jeder weiteren Beteiligung mit eingebunden würden.

Herr Bös teilt mit, dass er ein grundsätzliches Problem, auf Grund der Versiegelung, sehe.

Frau Gajek erläutert den Sachverhalt zur Versiegelung.

Herr van Horrick ergänzt die Ausführung von Frau Gajek.

Herr Bös stellt eine Nachfrage.

Herr van Horrick teilt mit, dass die Kompensation nicht Aufgabe des Regionalplans sei, sondern des Bauleitplanverfahrens.

Herr Bös stellt eine Rückfrage zu dem „besonderen Klimafunktionen“.

Herr van Horrick teilt mit, dass es sich hierbei überwiegend um perspektivische Entwicklungen handle. Herr van Horrick zeigt ein konkretes Beispiel und teilt mit, dass es viele Interessen gäbe die in einem groben Plan dargestellt werden müsse.

Herr Bös fragt nach, ob in den Bereichen die als „Siedlung Planung“ ausgewiesen sind eine Wohnbebauung geplant ist.

Herr van Horrick verneint dies und teilt mit, dass die Ausweisung Siedlung nicht gleichzusetzen ist mit einer Bebauung und gibt als Beispiel den „Eichhof“ an.

Herr Bös bittet um Erläuterung zu den geplanten Stromtrasse.

Herr Hollstein erläutert den Sachverhalt und teilt mit, dass die Fulda-Main-Leitung bereits zeichnerisch dargestellt sei, jedoch die Erdverkabelungstrassen Nordwestlink und Südwestlink nicht.

Herr Bös fragt nach wie der weitere Umgang mit der Stellungnahme erfolgen soll und teilt mit, dass er es für sinnvoll erachte, dies auf den nächsten Sitzungszug zu verschieben.

Frau Hofmann teilt mit, dass die Entscheidung des Magistrates bereits erfolgt ist und sehe keine Gründe die für eine Verschiebung sprechen.

Herr Bös teilt mit, dass er bei dem Regierungspräsidium nachgefragt habe und eine Fristverlängerung unproblematisch sei.

Herr Berg teilt mit, dass alle Entscheidungen weiterhin in „unserer Hand“ blieben und sehe keinen Grund für eine Verschiebung.

Herr Bös teilt mit, dass er sämtliche Fakten zum Regionalplan erörtern möchte und er die zur Verfügung stehende Zeit für eine fundierte Stellungnahme zur Stellungnahme der Stadt für zu kurz erachte.

Herr Hofmann teilt mit, dass die Entscheidung des Magistrates binden sei und dies die erste Offenlage sei und weitere folgen würden.

Herr Seitz gibt eine Einschätzung zu den möglichen Optionen die bei einer Verschiebung der Beschlussvorlage möglich seien. Zum einen kann der Magistrat am 16.12.2024 die Beschlussvorlage zurückziehen oder diese wird am 19.12.2024 in der Stadtverordnetenversammlung von der Tagesordnung genommen.

Herr Richter teilt mit, dass sich inhaltlich keine Änderungen ergeben würden.

Beschluss:

Den Inhalten der beigefügten Stellungnahme wird zugestimmt. Die Stellungnahme wird im Namen der Kreisstadt Bad Hersfeld fristgerecht über das Online-Beteiligungsportal des Regierungspräsidiums Kassel eingereicht.

zur Kenntnis genommen

zu 5 Aufstellungs- und Entwurfsbeschluss für den Bebauungsplan KA 4 "Oberer Dorngarten" - 1. Änderung 1143/20

Herr van Horrick erläutert den Sachverhalt.

Herr Bös bitte den Ausschuss um Abstimmung.

Beschluss:

Zum beabsichtigten Bebauungsplan Nr. KA 4 "Oberer Dorngarten" - 1. Änderung wird der Aufstellungs- und Entwurfsbeschluss sowie der Beschluss zur Einleitung des Bebauungsplanverfahrens gefasst. Der Aufstellungs- und Entwurfsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.

einstimmig beschlossen

zu 6 Aufstellungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 4.19 „Vlämenweg 31 und 33“ im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB) sowie Beschluss zur Durchführung

der Beteiligungsverfahren nach §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB 1144/20

Frau Gajek erläutert den Sachverhalt.

Herr Bös fragt nach der Anzahl der Parkplätze.

Frau Gajek geht auf die Frage ein und teilt mit, dass dies einer der Punkte sei, die im Rahmen der Trägerbeteiligung abgestimmt würden.

Herr Bös teilt mit, dass er zu wenige Parkplätze dort sehe.

Frau Gajek verweist auf die Nähe zur Innenstadt.

Herr Berg teilt mit, dass hierbei die Stellplatzsatzung zu berücksichtigen sei.

Herr Richter teilt mit, dass seine Fraktion die Schaffung von kleineren Wohnungen unterstütze, jedoch die Parksituation sehr schwierig sei und der Verkehr bei diesem Vorhaben besonders betrachtet werden müsse.

Herr Bös bestätigt die Aussage von Herrn Richter und bitte die Stadtverwaltung um genaue Betrachtung der Verkehrssituation.

Frau Hofmann teilt mit, dass diese im Rahmen der weiteren Schritte unternommen werde.

Herr Bös fragt nach dem Regenwasserrückhalteeinrichtungen.

Herr van Horrick teilt mit, dass ein Entwässerungsantrag gestellt werden muss und erläutert die finanziellen Auswirkungen solcher Systeme.

Herr Bös teilt mit, dass mit dem anfallenden Niederschlagswasser die Grünanlagen bewässert werden könnten.

Herr Bös bittet den Ausschuss um Abstimmung.

Beschluss:

1. Zum beabsichtigten vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 4.19 „Vlämenweg 31 und 33“ wird der Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 12 Abs. 1 BauGB gefasst. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.
2. Die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 4.19 "Vlämenweg 31 und 33", wird im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt. Hierauf ist in der amtlichen Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses hinzuweisen.
3. Der vorliegende Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 4.19 "Vlämenweg 31 und 33" wird gebilligt. Die Verwaltung wird beauftragt die Verfahren gem. § 3 Abs. 2 BauGB (Veröffentlichung im Internet) und gemäß § 4 Abs. 2 BauGB (Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie Nachbargemeinden) durchzuführen.

4. Die Planungs-, Bau- und Erschließungskosten sowie die Übernahme der Kosten zur Durchführung des Verfahrens und für eventuell erforderliche Gutachten sind vom Veranlasser (Vorhabenträger) zu tragen. Der Durchführungsvertrag ist gemäß § 12 Abs. 1 Satz 1 BauGB vor dem Satzungsbeschluss abzuschließen.

einstimmig beschlossen

**zu 7 Aufstellungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan
Nr. 9.11 „Douglasienweg – Sanddornweg, Johannesburg“
1142/20**

Frau Gajek erläutert den Sachverhalt.

Frau Hofmann ergänzt, dass die Parksituation bereits vom Ortbeirat angemerkt wurde und diese besonders zu berücksichtigen sei.

Herr Berg teilt mit, dass ein Konzept zur Betreuung erstellt werden sollte und fragt hierzu nach.

Frau Hofmann erläutert den Sachverhalt und teilt mit, dass ein Konzept gefordert werde, jedoch dem Investor ausreichend Zeit hierfür gegeben werden müsse. Der Kaufvertrag werde erst nach dem Konzept erstellt und diese wird Teil des Vertrages.

Herr Berg teilt mit, dass der Ortbeirat dafür gestimmt habe.

Herr Bös bittet um besondere Betrachtung der Parksituation.

Herr Bös gibt einen Hinweis zum Regenwasserrückhalt sowie zur Begrünung des Gebäudes.

Herr van Horrick geht auf die Hinweise ein und teilt mit, dass die Interessen des Investors gewahrt werden müssen.

Herr Bös teilt mit, dass er die Begrünung des Flachdaches für sinnvoll erachte.

Herr van Horrick teilt mit, dass dies noch in Klärung sei, aber bereits in Aussicht gestellt werden könne.

Beschluss:

Zum beabsichtigten Bebauungsplan Nr. 9.11 „Douglasienweg – Sanddornweg, Johannesburg“ wird der Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB sowie der Beschluss zur Einleitung des Bebauungsplanverfahrens gefasst. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.

einstimmig beschlossen

zu 8 Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan AS 10 „Hilgensattel – Asbach“ – 2. Änderung

hier: 1.) Beschlussempfehlungen zu den im Rahmen der förmlichen Beteiligungsverfahren gem. §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) eingegangenen Stellungnahmen mit Anregungen und Hinweisen.

2.) Beschluss des Bebauungsplanes AS 10 „Hilgensattel – Asbach“ – 2. Änderung als Satzung.

**3.) Beschluss zur amtlichen Bekanntmachung des Bebauungsplanes AS 10 „Hilgensattel – Asbach“ – 2. Änderung.
1145/20**

Herr van Horrick erläutert den Sachverhalt.

Beschluss:

1. Es wird beschlossen, die in den Anlagen befindlichen Abwägungen zu den im Rahmen der Beteiligungsverfahren gem. § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB abgegebenen Stellungnahmen zu beschließen.
2. Der Bebauungsplan AS 10 „Hilgensattel - Asbach“ - 2. Änderung wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB in der vorliegenden Form als Satzung beschlossen.
3. Der Bebauungsplan wird gem. § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt gemacht und tritt damit in Kraft.

einstimmig beschlossen

zu 9 Feststellungsbeschluss für die 22. Änderung des Flächennutzungsplanes der Kreisstadt Bad Hersfeld

hier:

1.) Beschlussempfehlungen zu den im Rahmen der förmlichen Beteiligungsverfahren gem. §§ 3 Abs. 1 bis 2 und 4 Abs. 1 bis 2 Baugesetzbuch (BauGB) eingegangenen Stellungnahmen mit Anregungen und Hinweisen.

**2.) Feststellungsbeschluss der 22. Änderung des Flächennutzungsplanes der Kreisstadt Bad Hersfeld.
1146/20**

Herr van Horrick erläutert den Sachverhalt.

Herr Bös fragt nach, ob ein Verkauf erfolgen werde.

Herr van Horrick teilt mit, dass es voraussichtlich zu einem Verkauf komme, die Stadt aber einen engen Rahmen festlege wie die weitere Nutzung aussehen wird.

Beschluss:

1. Es wird beschlossen, die in den Anlagen befindlichen Abwägungen zu den im Rahmen der Beteiligungsverfahren gem. § 3 Abs. 1 bis 2 BauGB und § 4 Abs. 1 bis 2 BauGB abgegebenen Stellungnahmen zu beschließen.
2. Die 22. Änderung des Flächennutzungsplanes wird entsprechend den beigefügten Planunterlagen festgestellt.

einstimmig beschlossen

zu 10 Verschiedenes

Herr Hollstein gibt eine Auskunft über den aktuellen Stand zu den geplanten Stromtrassen Fulda-Main-Leitung, Nordwestlink und Südwestlink.

Herr Bös bedankt sich bei allen Anwesenden und wünscht einen eine schöne Weihnachtszeit und schließt die Sitzung um 18:31 Uhr.

gez. Thomas Bös
Vorsitzender

gez. Sören Hollstein
Protokollführer